bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 21 | 09.Oktober 2008

Rechte Szene 2

Abschwung im Westen
In Bayern hat die NPD gegenüber der letzten Bundestagswahl jetzt schlechter abgeschnitten – die desolate finanzielle Situation der Partei ist im Wahlkampf deutlich geworden.

Den Boden bereiten
NPD und DVU verankern sich in Brandenburg auf der kommunalen Ebene.

„Ohne Emanzipation stark“
NPD-Frauen-Organisation will ihren Bekanntheitsgrad auch außerhalb der Führungsriegen der Partei steigern.

Grauzone 5

Völkisches Ringelreihen
Der „Freibund“ versteht sich als „heimatliebender Jugendbund“ angeblich ohne politische Motivation – enge Verbindungen bestehen zum Institut für Staatspolitik im Umfeld der „Jungen Freiheit“.

Ausland 7

„Original und Stiefelknecht“
Knapp 30 Prozent der Stimmen erzielten die Rechtsaußen-Parteien BZÖ und FPÖ bei der 20. Nationalratswahl am 28. September.

„Heimattreue Österreicher“
Rechtsextremisten diskutieren in Kärnten über den „Untergang des Abendlandes“.

Rückzug mit Bremse
Jean Marie Le Pen will seine Tochter zur Nachfolgerin an der Parteispitze küren – die Spaltprodukte des FN zerlegen sich derzeit selbst.

Blick in die Zeitgeschichte 10

Aufstand in der Hölle
Im Oktober 1943 wagten Häftlinge die Flucht aus dem NS-Vernichtungslager Sobibor – nur wenige von ihnen überleben.

Meldungen 11

Rechte Szene

Abschwung im Westen

In Bayern hat die NPD gegenüber der letzten Bundestagswahl jetzt schlechter abgeschnitten – die desolate finanzielle Situation der Partei ist im Wahlkampf deutlich geworden.

Mit dem Ergebnis von 1,2 Prozent bei den bayerischen Landtagswahlen blieb die NPD am 28. September weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück. Von den massiven Verlusten der CSU konnte sie nicht profitieren. Im Februar 2008 träumte Sascha Roßmüller, stellvertretender Bundesvorsitzender der NPD, noch vom großen politischen Durchbruch: „Herr Huber“, also der vormalige CSU-Chef Erwin Huber, so zitierte ihn eine Pressemitteilung der bayerischen NPD, „kann sich schon mal mit dem Gedanken anfreunden, den Stab im September an uns zu übergeben“. Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen (2004) und Mecklenburg-Vorpommern (2006) wollte die NPD im Südosten der Republik zum ersten Mal seit Jahrzehnten wieder in ein westdeutsches Landesparlament einziehen. „Mit Schwung in den Westen!“, gab der NPD-Bundesvorsitzende Udo Voigt bereits im September 2006 als Parole aus, kurz nach dem Einzug in den Schweriner Landtag. 2003 war die NPD in Bayern nicht zu den Landtagswahlen angetreten. Nun traten Direktkandidatinnen und -kandidaten der NPD erstmals seit 1972 wieder in allen 91 Stimmkreisen flächendeckend an.

Der Landesverband war mit einem bayernweiten Wahlkampf jedoch hoffnungslos überfordert. Die „Wahlhelfer“ aus anderen NPD-Landesverbänden waren genauso wenig zu sehen wie der eigentlich zum „Wahlkampfmanager“ auserkorene Bundesvize Holger Apfel. Abgesehen von einigen Regionen in Niederbayern und in Franken, in der eine massive Plakatierung beeindrucken sollte, gab es kaum NPD-Propaganda im öffentlichen Raum und auffallend wenig Veranstaltungen oder Informationsstände. Offensichtlich war auch die Unterstützung aus der bayerischen Kameradschaftsszene weitgehend ausgeblieben, NPD-Landeschef Ralf Ollert musste am Ende seine eigenen Plakate selbst an den Ausfallstraßen von Nürnberg aufhängen. „Wir gegen Überfremdung!“ und „Guten Heimflug!“ hieß es auf den NPD-Plakaten, die Bildsprache sparte nicht mit rassistischen Stereotypen. Sechs bayrische Staatsanwaltschaften ließen die Plakate wegen des Straftatbestands der Volksverhetzung wieder abhängen. Ein anderes Plakat nahm mit der Parole „Sozial geht nur national“ die Überschrift des im Herbst erscheinenden NPD-Parteiprogramms vorweg. Der NPD-Bundesvorsitzende Voigt hatte dazu auf dem Bundesparteitag in Bamberg im Mai angekündigt: „Der bayerische Landtagswahlkampf wird ein Test werden, wo wir verhindern wollen, dass die Linkspartei auf die Füße kommt.“ Die nur spärlich verteilte Wahlkampfzeitung der NPD („Jetzt reichts!“) versuchte, sich mit Themen wie „NPD-Partner der Hausärzte und Patienten“ und „Stellenabbau – kein Zufall“ bürgernah zu geben.

Aus der einst von Sascha Roßmüller erträumten „Stabübergabe“ ist nun nichts geworden, nur 1,2 Prozent der Stimmen konnte die NPD jetzt erringen. Damit verschlechterte sich die neonazistische Partei bei den Landtagswahlen sogar gegenüber der Bundestagswahl 2005 in Bayern (1,3 Prozent). Dass die NPD nicht besser abgeschnitten hat, dürfte auch an den Resten der bayerischen Republikaner gelegen haben, die – ohne größere Wahlkampfaktivitäten – flächendeckend antreten und immerhin noch 1,4 Prozent der Stimmen erreichen konnten. Für die bayerische NPD erklärte nach der Wahl der stellvertretende Landesvorsitzende Uwe Meenen (Würzburg) das magere Ergebnis unter anderem mit der desolaten finanziellen Ausstattung der Partei: „Es ist uns gelungen, aus dem Stand die 1-Prozent-Hürde zu nehmen und somit den Grundstock zu neuen Erfolgen zu legen. Dies in einer Situation äußerster Benachteiligung durch hetzende Medien, einer feindlich gesonnenen Verwaltung, einer politischen Justiz, Antifa-Systemschlägerbanden und einer finanziell sehr schwierigen Lage.“

Einzelne NPD-Aktivisten konnten dennoch ihre zunehmend bessere lokale Verankerung auch in höhere Wahlergebnisse ummünzen, nicht zuletzt Sascha Roßmüller, der im Stimmkreis Straubing 2,6 Prozent der Erststimmen erhielt. Über 123 000 Menschen gaben der NPD ihre Zweitstimme. Damit kommt die Bayern-NPD in den nächsten Jahren zumindest in den Genuss der staatlichen Parteien-Teilfinanzierung.

Robert Andreasch

Den Boden bereiten

NPD und DVU verankern sich in Brandenburg auf der kommunalen Ebene.

Rechtsextreme Parteien haben bei den Kommunalwahlen in Brandenburg zugelegt. NPD und DVU kamen auf 101 189 Stimmen, das sind fast zweieinhalb Mal so viele wie vor fünf Jahren. Für die NPD stieg der Stimmenanteil um 0,5 auf 1,8, für die DVU von 1,0 auf 1,6 Prozent. Beide werden mit rund 30 Vertretern in den neu gewählten Kreistagen sowie in den Parlamenten von Potsdam und Cottbus sitzen.

Die NPD unter Landeschef und Bundespressesprecher Klaus Beier war im Wahlkampf aggressiver aufgetreten als die DVU und ist nun in sechs Kreistagen vertreten. In Oder-Spree, dem Kreisverband von Beier, und Oberhavel schafften die Rechtsextremisten den Wiedereinzug und bauten die Zahl ihrer Mandate sogar aus. In Oderspree gibt es drei Sitze für die NPD (unter anderem für Beier), in Oberhavel zwei. Auch der ehemalige NVA-Offizier und Vize-Landeschef Detlef Appel hat in Oberhavel nun einen Sitz. Außerdem sind NPD-Mitglieder in den Kreistagen von Dahme-Spreewald (3), Spree-Neiße (2), Havelland (2) und Uckermark (2) vertreten. Im Barnim zog mit dem Handwerker Mike Sandow der ehemalige NPD-Kreischef über die DVU-Liste in den Kreistag ein. Die NPD wird zudem in den Städten Guben, Königs Wusterhausen, Oranienburg und Ludwigsfelde vertreten sein, wo die Unterstützung durch Freie Kameradschaften besonders groß ist

2003 brachte es die DVU noch auf neun Kreistagssitze, nun hat sie zwölf. Die NPD war vor fünf Jahren noch auf vier Sitze gekommen, jetzt schaffte es sie es auf 15. Insgesamt müssen nun 13 von insgesamt 14 Kreistagen den Umgang mit Rechtsextremisten in den Parlamenten üben, bislang waren es nur acht. Die DVU konnte 2003 in sechs Kreistage und in die Stadtverordnetenversammlung von Potsdam einziehen. Seit 1999 sitzt sie zudem im Landtag. Nun ist sie in sieben Kreistagen und in Potsdam vertreten, wo ihr Abgeordneter Günter Schwemmer bereits vor der Wahl eingeräumt hatte, auch ein NPD-Parteibuch zu haben. Ihr bestes Ergebnis erreiche die DVU in Elbe-Elster mit 5,1 Prozent.

In der Stadtverordneten-Versammlung von Guben wird für die NPD Frank Hübner sitzen. Der war Bundeschef der Deutschen Alternative (DA), die 1992 wegen ausländerfeindlicher Gewalttaten und offenem Nazismus verboten worden war. In Cottbus holte die NPD zwei Sitze.

Gescheitert ist der verurteilte Gewalttäter Alexander Bode, der für den Kreistag Spree-Neiße und das Stadtparlament von Guben antrat. Im Kreis kam die NPD auf vier Prozent und damit zwei Mandate. Für den Stadtrat von Guben erreichte die Partei 4,3 Prozent und einen Sitz. Bode war einer der Haupttäter der Gubener Hetzjagd auf Asylbewerber im Februar 1999, bei der sich der algerische Asylbewerber Omar Ben Noui tödliche Verletzungen zuzog. Im Stimmbezirk rings um den Tatort gingen 9,24 Prozent der Stimmen an die NPD.

Trotz des verabredeten Bündnisses zwischen NPD und DVU waren beide Parteien in Oder-Spree gegeneinander angetreten. Den Wettkampf um die meisten Stimmen entschied hier die NPD für sich. Die DVU holte einen Stimmenanteil von 0,9 Prozent, die NPD 4,5 Prozent. Mancherorts, besonders in kleinen Gemeinden in den Randregionen Brandenburgs, wo die demokratischen Parteien kaum noch über Strukturen verfügen, schaffte es die NPD auf bis zu 30 Prozent

NPD-Landeschef kündigte nach der Wahl an, nun werde die NPD weitere Ortsbereiche besonders dort gründen, wo sie gute Ergebnisse eingefahren habe. Zum Deutschland-Pakt mit der DVU äußerte er sich zurückhaltend. Bei der Landtagswahl 2004 hatte die NPD zugunsten der Frey-Partei verzichtet. Offen ist noch, ob dies auch 2009 noch so sein wird. Beier erklärte, er stehe hinter dem Bündnis mit der DVU, doch es seien nach den besseren Ergebnissen für seine Partei beim kommunalen Urnengang „Diskussionen an der Basis“ der NPD zu erwarten.

Die DVU bedankte sich bei der Landesregierung dafür, dass die im Vorfeld der Wahlen in der Öffentlichkeit so stark vor den Rechtsextremisten gewarnt hatte. Davon hätten die Kandidaten der Frey-Partei profitiert. Allerdings gab es auch Klagen: Nach Lesart der DVU ist der Vorsprung der NPD nur einem Umstand geschuldet: Medien und Politiker hätten immer nur eine Partei beim Namen genannt: den der NPD.

Alexander Fröhlich

„Ohne Emanzipation stark“

NPD-Frauen-Organisation will ihren Bekanntheitsgrad auch außerhalb der Führungsriegen der Partei steigern.

Der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) führte am 27. September in Berlin-Köpenick seinen Bundeskongress durch. Eigenangaben zufolge wurde die Bundessprecherin Gitta Schüßler in ihrem Amt bestätigt, Stellvertreterinnen sind Judith Rothe sowie Stella Hähnel, die auch Pressesprecherin ist.

Die rund 130 rechtsextremen Frauen, die dem RNF angehören, agieren ebenso konspirativ und sektiererisch wie ihre männlichen Kameraden – nur ausgewählte Presse war erwünscht und der Veranstaltungsort wurde geheim gehalten. Dabei sollen gerade die NPD-Frauen für Imageverbesserung und verbesserte kommunalpolitische Verankerung sorgen. Die Gründung des RNF als Unterorganisation der NPD war 2006 vom Parteivorstand beschlossen worden. So sei es gerade im nationalen Lager notwendig, Frauen stärker einzubinden, hieß es damals aus den Reihen der NPD. Auch Gitta Schüßler kritisierte vorsichtig, dass ein erheblicher Nachholbedarf bestehe. Das Führungspersonal des RNF wandte sich an die Kreis- und Landesverbände der Partei, um für die weibliche Politikarbeit zu werben. Dabei zeichnete sich ab, dass die Bereitschaft rechter Frauen aus den neuen Bundesländern weitaus stärker war. Die interne „Interessentinnenwerbung“ des RNF bewirkte unter anderem die Gründung von drei Regionalgruppen in Berlin. So gehören inzwischen die Kreisvorsitzende Manuela Tönhardt, das Landesvorstands-Mitglied Michaela Zanker sowie die stellvertretende Kreisvorsitzende aus Marzahn-Hellersdorf Gesine Hennrich zu den führenden RNF-Aktivistinnen in der Hauptstadt. Hennrich übernahm Mitte September auch die Leitung des RNF-Landesverbandes. Damit ist nach eigenen Angaben in sechs von acht Kreisvorständen der NPD in Berlin die Frauenorganisation aktiv.

Mit Infoständen wie beim „Thüringen-Tag“ oder anderen rechten Volksfesten versucht die parteinahe Frauenorganisation, auch außerhalb der Führungsriegen der Partei ihren Bekanntheitsgrad zu steigern. Mitte August 2008 führten Aktivistinnen nach eigenen Angaben gemeinsam mit den „Freien Kräften Berlin“ eine „Spielplatzreinigung“ in Berlin durch. Man habe auch Flugblätter verteilt und sei mit Bürgern ins Gespräch gekommen, hieß es. In einer Szene, in der rechte Frauen gezielt parteistrategisch eingesetzt werden und Gleichberechtigung als Teil staatlicher „Umerziehung“ abgetan wird, scheint die Parole zu gelten: „auch ohne Emanzipation stark“. Viele Frauen trauen sich nicht, mit politischen Argumenten gegen männliche Kameraden anzutreten, sie werden dann zunächst rhetorisch und inhaltlich geschult. Intern trainiert man selbstbewusstes Auftreten und Diskussionen über aktuelle sowie historische Themen.

Eine enge Zusammenarbeit gibt es bundesweit zwischen den so genannten „Mütterfrauen“ der seit 2000 aktiven „Gemeinschaft Deutscher Frauen“, vormals „Skingirlfreundeskreis Deutschland“, und der RNF. Die heidnisch und rassistisch geprägte GDF agiert vor allem gegen Feminismus und Liberalismus. Aus den Reihen der Organisation wird vor „kulturfremden Menschen“ gewarnt. Kinderlose Frauen werden angeprangert, Frauenkameradschaft und eine so genannte biologische Verpflichtung zur Mutterschaft werden propagiert. Politische Arbeit im Vordergrund war für die GDF lange zweitrangig. Mit dem Eintritt jüngerer „Kameradinnen“ scheint sich eine Wandlung zu vollziehen. So meldete die hessische GDF-Aktivistin Nicole Becker für den 11. Oktober in Wetzlar einen Aufmarsch „gegen Kinderschänder“ an. Ihre niedersächsische Kollegin Ricarda Riefling aus Hildesheim sammelte in der Vergangenheit nicht nur Stimmen für den mehrfach verurteilten Dieter Riefling oder trat als Rednerin auf, sie ist als Landeschefin des Rings Nationaler Frauen künftig auch im NPD-Landesvorstand vertreten. In Baden-Württemberg ließ die NPD-Aktivistin Edda Schmidt als Landesbeauftragte des Frauen-Rings kürzlich die über 90-jährige Bringfriede Jung über „krankhafte Auswüchse eines der Natur zuwiderlaufenden Denkens in Bezug auf die biologische Unterschiedlichkeit von Mann und Frau referieren. Ansonsten wolle man „überall im Ländle“ Anlaufstellen für rechte Frauen anbieten.

In Bayern scheint sich die „Junge Nationaldemokratin“ Stella Ruff für den RNF zu engagieren. Auf eine potenzielle Mitstreiterin wird sie allerdings verzichten müssen: die ehemals führende bayerische Funktionärin Martina Maal soll die NPD-Jugendorganisation 2007 im Streit verlassen haben.

Andrea Röpke

Grauzone

Völkisches Ringelreihen

Der „Freibund" versteht sich als „heimatliebender Jugendbund" angeblich ohne politische Motivation – enge Verbindungen bestehen zum Institut für Staatspolitik im Umfeld der „Jungen Freiheit".

In der Nähe von Salzgitter trafen sich vor wenigen Wochen verschiedene völkisch-bündische Gruppen zum „Volkstanzlehrgang". Im Zuge eines möglicherweise bevorstehenden Verbots der „Heimattreuen Deutschen Jugend" ist es wichtig, den Blick auch auf Jugendbünde wie den „Freibund" zu richten. Dieser versteht es, im Verborgenen zu arbeiten und sich ein bündisches und unpolitisches Gewand überzustreifen.

Es handelte sich um den fünften „überbündischen Volkstanzlehrgang" des völkisch-bündischen „Der Freibund/Bund Heimattreuer Jugend e.V." (Freibund), der am Wochenende vom 12. bis 14. Septemer dieses Jahres in Berel bei Burgdorf in Niedersachsen stattfand. Auf dem Hof der ansässigen Bauernfamilie B., auf deren Grundstück auch das Bundeszentrum des „Freibund" die „Freiburg" steht, und im „Dorfgemeinschaftshaus Berel" trafen sich die rund 40 Teilnehmer/innen. Die Mädchen und Frauen mit langen Haaren und Zöpfen, gekleidet in Blusen und langen Röcken, die Jungen und Männer mit Hemd und dunklen (Zimmermanns-)Hosen. Ein Großteil der Anwesenden waren ihrer Kluft und den Aufnähern nach der Wiking Jugend-Abspaltung „Sturmvogel – Deutscher Jugendbund" (Sturmvogel) und dem „Freibund" zuzuordnen. Wie Fotos belegen, fand dieser „Lehrgang" bereits in den vergangenen Jahren gemeinsam mit dem „Sturmvogel" in Berel statt. Immer wieder wurde auch das „Dorfgemeinschaftshaus" hierfür genutzt.

„Germanische Götter"

Dass sich die Familie des „Freibund"-Landwirts als Teil der Dorfgemeinschaft verstehen kann, wird in den Chroniken des „Bürgervereins Berel" deutlich. Neben klassischen Verkaufständen und Brauchtumsdarstellern tummelten sich während der 1200-Jahrfeier in Berel im Mai 2008 auf dem Grundstück der Familie B. auch Mittelaltergruppen und Stände mit Namen wie „Wotans Wölfe", „Germanenladen" und „Germanenlager". Der dörfliche Bezug zur „germanischer Kultur" zeigt sich aber auch auf der Internetseite des „Bürgervereins". Neben Bildern aus der Geschichte des Dorfes finden sich hier Informationen zu „germanischen Göttern und Festen". Durch die Beteiligung der seit mindestens zwei Generationen im „Freibund" aktiven Landwirtfamilie bekommt diese germanische Folklore einen bitteren Beigeschmack. Wird doch mit genau diesen Aktivitäten eine rechte Milieubildung betrieben und der Kern rechter Ideologie gepflegt.

Gemeinsame Lager mit der „Wiking-Jugend"

Ab 1957 gründeten sich in der Bundesrepublik die ersten Gruppen des „Bund Heimattreuer Jugend" (BHJ). Nach staatlicher Repression und internen Konflikten wurde der „BHJ" 1962 in das Vereinsregister in Nürnberg eintragen. Der BHJ orientierte sich in seinem Auftreten und seiner Politik an der Hitler-Jugend und führte bis in die 1970er Jahre gemeinsame Lager mit der 1994 verbotenen „Wiking-Jugend" (WJ) durch. Mitte der 1970er Jahre erfolgte eine Umorientierung des BHJ weg vom offenen Nationalsozialismus und hin zu den völkisch-bündischen Teilen der deutschen Jugendbewegung. Unter der verstärkten Bezugnahme auf bündische Traditionen und ein gemäßigteres Auftreten in der Öffentlichkeit wurde 1988 das Bundessymbol, die Odalsrune, durch eine schwarze Fahne mit einer aufgehenden Sonne ersetzt. In den darauf folgenden Jahren gab sich der BHJ den Namenszusatz „Der Freibund", aus dem Mitte der 1990er Jahre dann „Der Freibund – Bund Heimattreuer Jugend e.V." wurde.

Heute skizziert sich der „Freibund" selbst als „heimatliebender Jugendbund" ohne politische Motivation. Dabei verbergen sich hinter den Eckpunkten „Mensch und Natur", „Volk und Kultur" sowie „Freiheit und Bindung" nicht nur „Brauchtumspflege" und „Heimatliebe", sondern verinnerlichte völkische und ethnopluralistische Gesellschaftsvorstellungen.

Der „Freibund" ist in den letzten Jahren vor allem in Berlin und Niedersachsen mit geschätzten 100 Mitgliedern im Alter zwischen 7 und 25 Jahren aktiv. Da er nach dem Lebensbundprinzip organisiert ist, bleiben die Mitglieder auch nach dem 25. Lebensjahr dem „Freibund" verbunden. Derzeit sind rund 250 Erwachsene in einem so genannten „Altfreibund" zugange. Aktuell existieren zwei

Leitstellen: „Nord“ mit Postfach in Göttingen und „Süd“ mit Postfach in Heidenheim. Von den Leistellen organisiert, finden verschiedene Veranstaltungen statt wie Sommer- und Winterlager, Sonnwendfeiern und Vorträge. Geleitet wird der Bund von einem ersten und zweiten Bundesführer, derzeit neben Volkmar Straub aus Steinheim der ehemalige „Junge Freiheit“-Autor Björn Rusinowski.

Mit der Zeitschrift „Na Klar!“ verfügt der „Freibund“ über eine eigene Verbandszeitung. Inhaltlicher Schwerpunkt jeder Ausgabe sind Lager- und Fahrtenberichte sowie Artikel zu den Themen Heimat, deutsche Sprache und Erziehung. Regelmäßig wirbt die rechtslastige Wochenzeitung „Junge Freiheit“ mit ganzseitigen Anzeigen in der Zeitschrift. Zum Angebot der Organisation gehört ferner der „Fahrtenpass“, das „Liederbuch des Freibundes“, das neben Volksliedern und Liedgut der bündischen Jugend das einstige HJ-Pflichtlied „Ein junges Volk steht auf“ enthält.

Scharnier zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Kreisen

2001 wurde im neurechten Versand „Die Schallquelle“ von Bernd Widmer – 1991 Ansprechpartner der Leitstelle Süd des BHJ – eine Musikkassette mit dem Titel „Unsere Sonne himmelwärts“ als CD neu aufgelegt. Dem Sampler „Liedg(l)ut“ steuerte der „Freibund“ im gleichen Zeitraum zwei Lieder bei. Entstanden ist der Sampler aus einem von der nationalrevolutionären Zeitung „wir selbst“ im Vlothoer „Collegium Humanum“ organisierten Tanz- und Musikfest im Oktober 2000. Dort und auch auf der CD waren die Rechtsrock-Bands „Carpe Diem“ und „Sleipnir“ vertreten. Gerade für die älteren Freibünder sollte das „Collegium Humanum“, das „Sammelbecken organisierter Holocaust-Leugner“, deren Trägerverein im Mai 2008 vom Bundesinnenminister verboten wurde, kein Neuland gewesen sein. So fand beispielweise im Februar 1989 das „14. Älterentreffen“ des „Freibundes“ zum Thema „Nationalrevolutionäre“ auf dem Gelände des „Collegium“ statt.

Anfang Juni 2008 wurde auf dem Hof der Familie B. aus Berel das „Bundessommerfest“ gefeiert. Anwesend war auch der ehemalige NPD-Kreisvorsitzende im Rhein-Sieg-Kreis Marcus Spruck. Dieser war in den 1980er Jahren zunächst in der WJ und später in deren Abspaltung „Sturmvogel“ aktiv und nahm unter anderem am 26. April 2008 an einer NPD-Demonstration „gegen Ausländergewalt und Inländerfeindlichkeit“ in Stolberg teil. Zugegen waren auch Personen in „Freibund“-Kluft, die unter anderem 2007 die „Ostertagung“ des „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ besuchten. Die Ludendorffer sind eine „rassistische Organisation“ und stehen „unter Beobachtung mehrerer Verfassungsschutzämter“.

Verbindungen bestehen auch zum neurechten „Institut für Staatspolitik“ (IfS). Aktive Freibünder gehören stets zu den Besuchern des vom IfS organisierten „Berliner Kollegs“ und präsentieren sich dort in der Regel mit einem Informationsstand. Der Kontakt zwischen IfS und „Freibund“ ist auch ansonsten eng. Zur Sommersonnenwendfeier 2007 referierte der IfS-Mitbegründer Karlheinz Weißmann beispielsweise beim „Freibund“ über „Die Ikonen der Jugendbewegung“, während bei der letzten IfS-Veranstaltungsreihe 2008 zu „Widerstand – Lage, Ziel, Tat“ mit dem Burschenschafter Felix Menzel auch ein „Freibund“-Mitglied zu den Referenten zählte. Menzel ist darüber hinaus Mitinitiator und Autor der rechten Schülerzeitung „Blaue Narzisse“ sowie der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Die „Pennale Burschenschaft Germania zu Staßfurt“, in der Menzel Mitglied ist, überschneidet sich personell zum Teil mit dem dortigen Stützpunkt der Jungen Nationaldemokraten. Für den „Freibund“ war Menzel zuletzt auf einem Einladungsschreiben als Kontaktperson für die Sonnwendfeier 2008 angegeben.

Europa der Vaterländer

Bis heute pflegt der „Freibund“ den Austausch mit extrem rechten Organisationen wie der französischen „Europe Jeunesse“ (EJ) und dem belgischen „Vlaams Nationaal Jeugdverbond“ (VNJ). Sie können heute neben dem „Freibund“ zu den wichtigsten Jugendorganisationen der Neuen Rechten in Europa gezählt werden und propagieren gemeinsam ein „Europa der Vaterländer“.

Der „Freibund“ ist noch immer eine politisch motivierte Gemeinschaft, die ihre Mitglieder von Kindheit an völkisch erzieht, revanchistische Vorstellungen pflegt und ein Scharnier zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Kreisen bildet.

Maik Baumgärtner

Ausland

„Original und Stiefelknecht“

Knapp 30 Prozent der Stimmen erzielten die Rechtsaußen-Parteien BZÖ und FPÖ bei der 20. Nationalratswahl am 28. September.

Mit 35 Abgeordneten, davon sieben Frauen, zieht die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache in den Nationalrat ein. 18,0 Prozent der Wähler/innen stimmten für die extrem rechte Partei (797 993 Stimmen; 2006: 11,0 Prozent, 519 598 Stimmen). Ihr bestes Wahlresultat erzielte die FPÖ in Wien mit 21,42 Prozent, gefolgt von Oberösterreich (19,50%), Niederösterreich (18,48%), Salzburg (18,23%), Steiermark (17,74%), Tirol (17,50%), Vorarlberg (16,67%), Burgenland (16,38%) und Kärnten (7,66%).

Das Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) des Kärntner Landeshauptmanns Jörg Haider erreichte 11 Prozent (486 397 Stimmen; 2006: 4.11%, 193 539) und stellt 21 Nationalratsabgeordnete, davon zwei Frauen. Stimmenstärkste Partei wurde das BZÖ in Kärnten mit 39,41 Prozent. Damit blieb Haider, damals noch FPÖ, nur knapp unter seinem Rekordergebnis der Landtagswahl 2004 mit 42 Prozent. Das zweitbeste BZÖ-Ergebnis lag in der Steiermark (13,50%), gefolgt von Vorarlberg (13,21%), Salzburg (12,57), Tirol (9,93%), Oberösterreich (9,23%), Niederösterreich (6,45%), Burgenland (5,35%) und Wien (4,80%).

Die FPÖ, drittstärkste Kraft nach SPÖ und ÖVP, war bei Jungwähler/innen – erstmals ab 16 Jahren – die Nummer eins. Fast jeder dritte junge Mann und jede fünfte junge Frau im Alter bis 30 sehen ihre Zukunft bei der FPÖ. Bei den Arbeitern wurde die FPÖ mit 28 Prozent (SPÖ: 37%) zweitstärkste Kraft. Die FPÖ schnitt bei den Männern besser ab als bei den Frauen, beim BZÖ war es umgekehrt. Als Wahlmotiv nannten 59 Prozent der BZÖ-Wähler/innen Jörg Haider; 47 Prozent der FPÖ-Wähler/innen gaben Strache als Wahlmotiv an. In Straches Wahlbezirk Wien-Landstraße schnitt die FPÖ mit einem Plus von nur 5,2 Prozent schlechter ab als im restlichen Wien. In Gesamt-Wien legte die FPÖ um 7,55 Prozent zu. Das BZÖ holte in Haiders Wahlbezirk Klagenfurt mit 37,61 Prozent einen Zuwachs von 13,44 Prozent Im gesamten Kärnten wurden für das BZÖ 39,41 Prozent (plus 14,51%) erreicht.

Neu in den Nationalrat für die FPÖ ziehen unter anderem Harald Stefan und Susanne Winter ein. Stefan ist Mitglied der Wiener Burschenschaft Olympia, einem Gründungsmitglied der Burschenschaftlichen Gemeinschaft, die am äußersten rechten Rand der Korporiertenszene angesiedelt ist. Bei der Olympia, so das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW), hat der „Kampf für die als ‘Meinungsfreiheit’ verbrämte Propagandafreiheit für Neonazis und Geschichtsfälscher Tradition“. Winter lieferte im Januar weltweite Schlagzeilen. Während einer Wahlkampfrede vor 3000 Gleichgesinnten verunglimpfte sie den Propheten Mohammed öffentlich als „Kinderschänder“. Bekannt ist die Rechtsaußen-Politikerin auch als Leserbriefschreiberin in dem holocaustleugnenden Hetzblatt „Phoenix“ des NS-Nostalgikers Walter Ochensberger.

Einer der frisch gewählten Abgeordneten des BZÖ ist der frühere FPÖ-Niederösterreich-Chef Ernest Windholz. Windholz sorgte im Jahr 2000 über die Landesgrenzen für Empörung. Bei der Ehrung von verdienten FPÖ-Parteikameraden hatte er den Waffen-SS-Leitspruch „Unsere Ehre heißt Treue“ abgewandelt: „Unsere Werte waren und sind zeitlos. Ehre, Treue, Heimat- und Vaterlandsliebe und eben Kameradschaft.“ Windholz’ Nationalratskollege Ewald Stadler, Ex-FPÖ, Alter Herr der schlagenden Univ. Sängerschaft Skalden Innsbruck, bezeichnete im September 2006 die Europäische Union als „wichtigstes Instrument der freimaurerischen Politik“.

In seiner ersten Pressekonferenz nach der Nationalratswahl schloss Strache, Mitglied der national orientierten und schlagenden Burschenschaft „Vandalia“, eine von den Medien diskutierte Wiedervereinigung mit dem BZÖ „eindeutig aus“. „Die FPÖ ist das Original“, das BZÖ sei ein „Steigbügelhalter und Stiefelknecht“ der ÖVP, sagte Strache, der einst Kontakte zur Neonazi-Truppe „Wiking-Jugend“ (WJ) pflegte. BZÖ-Generalsekretär Martin Strutz erklärte: „Das BZÖ ist von einem Politprojekt und einer erfolgreichen regionalen Partei in Kärnten zu einer ernst zunehmenden politischen Größe in allen Bundesländern“ aufgestiegen. Im Oktober 1999 hatte die damals noch geeinte FPÖ unter Jörg Haider 26,9 Prozent erzielt.

Anton Maegerle

„Heimattreue Österreicher"

Rechtsextremisten diskutieren in Kärnten über den „Untergang des Abendlandes".

In Sirnitz, Österreich fanden vor wenigen Wochen die „17. Kärntner Kulturtage" statt. Ausgerichtet wurden sie von der „Landesgruppe Kärnten" des NS-apologetischen „Kulturwerks Österreich". Das österreichische Innenministerium zählt die „Kärntner Kulturtage" zu den jährlich stattfindenden erwähnenswerten rechtsextremen Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung. Zu den „Kulturtagen", so schreibt das DVU-Sprachrohr „National-Zeitung" im September 2008, fahren „Nationalgesinnte aus allen Teilen des deutschen Sprachraums", um „sich Vorträge hochkarätiger Redner anzuhören." Gegründet wurde das „Kulturwerk Österreich" 1992 als Abspaltung vom „Deutschen Kulturwerk europäischen Geistes", das 1950 vom ehemaligen SA-Lyriker und zeitweiligem Kader der NSDAP-Reichspropagandaleitung Herbert Böhme als „volksbewusste und volkstreue Gemeinschaft" ins Leben gerufen wurde. Wie in den Jahren zuvor wurden auch die diesjährigen „Kärntner Kulturtage" im Sirnitzer Hotel „Zum Widitscher" abgehalten. Das Generalthema der Veranstaltung lautete „Aufgang oder Untergang des Abendlandes".

Geführt wird die „Landesgruppe Kärnten" des „Kulturwerks Österreich" von dem 90-jährigen Otto Scrinzi, vormals SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied, später stellvertretender FPÖ-Vorsitzender. Scrinzi war von 1996 bis 2003 „Schriftleiter" der FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Aula". Noch heute zählt Scrinzi zum Autorenstamm der „National-Zeitung". Geschäftsführend steht ihm Ebba Lutschounig zur Seite. Sie nimmt die Anmeldungen für die „Kärntner Kulturtage" unter ihrer Anschrift in Maria Rain entgegen.

Als Referenten waren vom 17. bis 21. September in Sirnitz angekündigt: Walter Marinovic („Abendländische Werte oder Ideologie der EU?"), Martin Pfeiffer („Die zweite Völkerwanderung – das Ende der weißen Welt?"), Richard Melisch („Wie wehren wir uns gegen die Globalisierung?"), Kriemhild Trattnig („Die wirtschaftliche und kulturelle Zerstörung des ländlichen Raumes"), Käthe Sabath („Winifred Wagner – Hüterin des Wagnerschen Erbes"), Horst Übelacker („Zentralistische EU-Diktatur oder Gemeinschaft unabhängiger EU-Staaten"), Walter Lüftl (Klimawandel – Wahrheit und Dichtung"), Barbara Rosenkranz („Mut zur Heimat – Mut zu Kindern").

Marinovic, ein „österreichische Revisionist" (Verfassungsschutz), wird in NPD-Kreisen als „engagiertester Kunstkritiker Österreichs" verehrt. Er war im Mai 2003 Gastredner beim „1. Freiheitlichen Kongress" des „Deutsche Stimme-Verlages". 2001 zählte Marinovic zu den Vortragenden des Jahreskongresses der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP). Pfeiffer ist „Schriftleiter" der „Aula" und GfP-Vorstandsmitglied. Melisch zählt zu den Dauerreferenten in NPD-Kreisen. Artikel des Österreichers werden unter anderem im NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme", der „Aula" und in „Zur Zeit" veröffentlicht.

Trattnig war FPÖ-Landtagspräsidentin in Kärnten. Sie gilt als „politische Ziehmutter Jörg Haiders", von dem sie sich später allerdings distanzierte. So verurteilte sie in der „Jungen Freiheit" die Zustimmung der FPÖ unter der Führung Haiders bei der „Verschärfung der NS-Gesetze". Sabath, Dauerreferentin bei den „Kärntner Kulturtagen", trat in Deutschland unter anderem beim „Ostdeutschen Literaturkreis" auf. Übelacker, ein pensionierter Bundesbankdirektor, war Vorsitzender des „Witikobundes". Lüftl musste 1992 seinen Hut als Präsident der österreichischen Bundesingenieurskammer nehmen. Er hatte behauptet, dass es die industriell durchgeführten Massenvernichtungen in Auschwitz auf Grund der Naturgesetze gar nicht hätte geben können.

Den „Höhepunkt der Veranstaltung" in Sirnitz bildete, so die „National-Zeitung", das „ergreifende Referat" der stellvertretenden FPÖ-Bundesvorsitzenden und niederösterreichischen Landeschefin Rosenkranz: „Als Mutter von zehn Kindern kamen ihre Worte ... wahrlich aus berufenem Munde", schreibt das DVU-Blatt. Rosenkranz, seit Herbst 1989 FPÖ-Mitglied, führte im März 2008 die niederösterreichische FPÖ bei den Landtagswahlen an, konnte den Stimmenanteil der FPÖ mehr als verdoppeln und wurde zur Landesrätin gewählt. Kommentar von Pfeiffer in der „Aula": „Mit Barbara Rosenkranz werden nun (...) die heimattreuen Niederösterreicher endlich eine Stimme in der Landesregierung haben!"

Anton Maegerle

Rückzug mit Bremse

Jean Marie Le Pen will seine Tochter zur Nachfolgerin an der Parteispitze küren – die Spaltprodukte des FN zerlegen sich derzeit selbst.

Unerwartet hingegen kommt die Nachricht auf keinen Fall. Sie lautet: Jean-Marie Le Pen plane, „endlich“, seinen Rückzug aus der aktiven Politik. Der rechtsextreme Politiker, der im Juni das Alter von 80 Jahren erreicht hat, steht seit über einem halben Jahrhundert auf der politischen Bühne: Im Januar 1956 war er, für die antisemitisch grundierte Anti-Steuer-Protestpartei der „Poujadisten“, als damals jüngster Abgeordneter ins französische Parlament gewählt worden. Nun soll Schluss ein. Allerdings erst 2010, also nach den Europaparlamentswahlen des kommenden Jahres – beim nächsten Parteikongress des Front National (FN), den Jean-Marie Le Pen im Oktober 1972 gegründet hat und dessen Vorsitz er seither ununterbrochen inne hat. Und es soll auch nur dann Ernst werden mit seinem Abschied von der Parteispitze, wenn nicht „außergewöhnliche Umstände“ ihn dazu zwingen, so Le Pen, 2012 noch einmal als Präsidentschaftsbewerber anzutreten. Es wäre seine sechste Kandidatur für das höchste Staatsamt.

Jean-Marie Le Pen möchte seine 40-jährige Tochter Marine zu seiner Nachfolgerin küren. Unüberhörbarer denn je verkündete der alternde „Chef“ dies in einem größeren Interview, das am 11. September in dem rechtslastigen Wochenmagazin „Valeurs Actuelles“ erschien. Er lobte darin nicht nur seine Tochter, die aufgrund ihres Alters „den Leuten und ihren Alltagssorgen“ näher stehe als er selbst und seine Altersgenossen. Er räumte dabei auch ihre wichtigsten Rivalen verbal aus dem Wege, so den Juraprofessor Gollnisch: „Bruno Gollnisch ist seit 30 Jahren da (gemeint: in der Politik). Er hat sich nicht nach vorne gedrängt, das ist vielleicht einer seiner Charakterzüge.“

Unterdessen schieben die Le Pens noch weitere potenzielle Konkurrenten von Gewicht zur Seite. Zu ihnen zählt der frühere Generalsekretär des rechtsextremen FN, Carl Lang, der 2005 zurücktrat. Er gilt als einer der Hüter der programmatischen „Orthodoxie“ der Partei, vor allem hinsichtlich ihrer rassistischen und nationalistischen Aussagen – besorgt über eine „Modernisierung“ des Parteiprogramms unter einer aufstiegsbewussten Marine Le Pen, die „viel zu weit“ gehen könnte. Le Pen möchte ihm nun aber definitiv eine Kandidatur auf einem der Spitzenplätze zu den nächsten Europaparlamentswahlen verbauen: Wer „keine aktive Rolle im Parteileben“ spiele, so zürnt der Gottvater-Parteivorsitzende, könne auch keinen vorderen Listenplatz erhalten. Laut einer Umfrage, die „Valeurs Actuelles“ publizierte, wünschen sich 76 Prozent der FN-Sympathisanten Marine Le Pen zur künftigen Parteichefin, 14 Prozent Gollnisch als Vorsitzenden und nur 7 Prozent Lang.

Die diversen Spaltprodukte des FN zerlegen sich derzeit selbst. Dies gilt für den MNR (Mouvement National Républicain), der 1999 unter Bruno Mégret entstand. Der hatte sich im Mai dieses Jahres aus der Politik verabschiedet, kehrte aber zurück, um Mitte September mehrere Vorstandsmitglieder wegen „parteischädigenden Verhaltens“ aus dem MNR auszuschließen. Ihnen wird vorgeworfen, mit Hilfe einer neuen Struktur unter dem Namen Convergences nationales eine Annäherung an Marine Le Pen zu betreiben. Infolge des innerparteilichen Umsturzes trat ein Großteil der bisherigen Führungsmitglieder umgehend aus.

Auch die Nouvelle Droite populaire (NDP), die am 1. Juni dieses Jahres als weitere Abspaltung vom und „Alternative“ zum FN gegründet worden war, zerfällt. Am 17. September schloss sie ihren Generalsekretär Jean-François Touzé mit sofortiger Wirkung aus. Ihm wurden „tiefgreifende ideologische Differenzen“ vorgeworfen: Im August hatte Touzé im Kaukasus-Konflikt eine pro-amerikanische Position – mit Tönen, die an den Kalten Krieg erinnerten – bezogen, während andere Teile der NDP-Führung unter Robert Spieler ein eng an Russland angelehntes „starkes Europa“ befürworteten. In der Ausschlussbegründung werden Touzé „atlantizistische, zionistische, wirtschaftsliberale und bürgerliche“ Positionen vorgeworfen.

Touzé gründete alsbald eine neue Organisation unter dem Namen Nouvelle Droite Républicaine. Er versucht, sich an den rechten Flügel der US-Republikaner dranzuhängen und wirbt für sich auf Webpages, die eine Wahl John McCains zum US-Präsidenten favorisieren. Eine Position, die heute in der französischen extremen Rechten durchaus nicht en vogue ist.

Bernhard Schmid

25. Jahrgang | 21 | 09.Oktober 2008

Blick in die Zeitgeschichte

Aufstand in der Hölle

Im Oktober 1943 wagten Häftlinge die Flucht aus dem NS-Vernichtungslager Sobibor – nur wenige von ihnen überlebten.

„Der 14. Oktober (1943) war ein warmer, sonniger Tag und nichts unterbrach die gewohnte Routine. Nur eine sehr kleine Gruppe wusste, was für ein schicksalhafter Tag ihnen bevorstand.“ So beginnt das Kapitel „Der Aufstand“ in Thomas Blatts Erinnerungen „Sobibor“, das 2004 im UNRAST-Verlag Hamburg/Münster erschienen ist. Der etwa 250 Seiten umfassende Band erzählt die Geschichte des NS-Vernichtungslagers Sobibor im Südosten Polens. Es ist ein eindrucksvolles, anschaulich geschriebenes Buch über ein Vernichtungslager, in denen die Nationalsozialisten Millionen Menschen ermordet haben – allein in Sobibor 250 000. Die anderen Vernichtungslager waren Belzec südlich von Sobibor und Chelmno in Zentralpolen. Auschwitz, Majdanek und Treblinka waren beides: Arbeits- und Vernichtungslager.

Blatt schreibt in einer Art von Nachwort zum Aufstand: „Ich habe Sobibor auf Grund dieses Aufstandes überlebt und habe seitdem immer das Gefühl gehabt, dass seine Geschichte und die von Sobibor als Ganzes erzählt werden muss.“ Im Gegensatz zu Auschwitz oder Majdanek ist Sobibor bis heute wenig bekannt.

Nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad im Frühjahr 1943 war der deutschen Führung klar, dass der Krieg gegen die UdSSR verloren war. Die Wehrmacht befand sich auf der gesamten Ostfront auf dem Rückzug. Damit wuchs in den Konzentrations- und Vernichtungslagern die Gefahr, von Partisanen überfallen zu werden. In Sobibor ließ die Lagerleitung deshalb im Sommer 1943 rund um das Lager einen breiten Minengürtel anlegen. Trotz dieser zusätzlichen Maßnahmen taten sich in Sobibor im Juli und August einige wenige jüdische Gefangene zusammen, um über einen großen Ausbruch zu beraten. Den Vorsitz übernahm Leon Feldhendler, der ehemalige Vorsitzende des Judenrats in Zodkiew, einer Stadt in Ostgalizien. Wegen des schnellen Vorrückens der Roten Armee verlegten Wehrmacht und SS mehr und mehr sowjetische Kriegsgefangene nach Westen, so von Minsk nach Sobibor. Damit kamen erfahrene Offiziere ins Lager. Zu ihnen gehörte Leutnant Alexander Petscherski. Ihm übertrug die Widerstandsgruppe die Leitung, Feldhendler wurde sein Stellvertreter. Man beschloss, in die Waffenkammer der SS einzudringen, sich zu bewaffnen, möglichst viele SS-Leute zu töten und in die Wälder rund um Sobibor zu fliehen. Dort hoffte man, auf sowjetische Partisanenverbände zu treffen.

Am späten Nachmittag des 14. Oktober 1943 – also vor 65 Jahren – begann der Aufstand. Während eine Gruppe versuchte, in die Waffenkammer zu kommen, wollte die zweite, größere Gruppe mit Äxten und Spaten den elektrisch geladenen Stacheldraht durchbrechen. Beides gelang, etwa 300 Häftlinge rannten in die Freiheit, die sie freilich nur kurze Zeit genießen konnten. Die anderen wurden gefangen und ermordet, etwa 50 erlebten das Ende des Krieges. Thomas Blatt erinnert sich: „Ich hatte erst den halben Weg durch den Zaun geschafft, als er zusammenbrach und mit dem gesamten Gewicht so vieler Menschen auf mich niederstürzte … Ich bemühte mich frei zu kommen, doch durch das Getrampel (der anderen Flüchtenden) hatte sich der Stacheldraht in meinem dicken Mantel verfangen, so dass ich nicht weg konnte … Plötzlich schoss mir eine Idee durch den Kopf: Ich schlüpfte einfach unter dem Mantel hervor und ließ ihn dort hängen.“

Angesichts der neuen Lage befahl das Reichssicherheitshauptamt in Berlin, das Lager aufzulösen. Alle Gebäude und Zäune wurden abgerissen, die Gaskammern gesprengt, das Gelände in einen Bauernhof verwandelt. Ein Mitglied der Lagerwache übernahm die Bewirtschaftung. Als sowjetische Truppen im Sommer 1944 die Gegend erreichten, gab es keine Spuren mehr von den Massenmorden. Alles machte einen friedlichen Eindruck. Nach der Befreiung Europas von der NS-Herrschaft im Mai 1945 dauerte es 20 Jahre, ehe die deutsche Justiz einige der Sobibor-Schergen auf die Anklagebank brachte. Vom 6. September bis zum 20. Dezember 1965 verhandelte das Schwurgericht Hagen gegen elf Wachleute von Sobibor. Einer nahm sich während der Hauptverhandlung das Leben, einer bekam lebenslang, fünf Angeklagte erhielten Haftstrafen zwischen drei und acht Jahren, vier wurden freigesprochen. Auf dem Lagergelände erinnert ein Mahnmal an jene schreckliche Zeit.

Heiner Lichtenstein

Meldungen

Frische Luft für die NPD

Rosengarten-Sieversen – Die niedersächsische NPD musste ihren „44. Ordentlichen Landesparteitag“ am Samstag, den 20. September gezwungenermaßen unter freiem Himmel abhalten. Den Wirtsleuten des Gasthauses „Zur Erholung“ in Rosengarten-Sieversen in der Nordheide war zuvor eine „Geschlossene Gesellschaft mit Kaffee und Kuchen“ angekündigt worden, berichtet der zuständige Polizeisprecher der Behörde in Harburg. Als sie vom wahren Hintergrund der Veranstaltung erfuhren, wurde vom Hausrecht Gebrauch gemacht und die rund 70 NPD-Anhänger vor die Tür gesetzt. Die tagten unter Führung von Ulrich Eigenfeld und Andreas Molau trotzig auf dem öffentlichen Parkplatz vor dem Gasthaus weiter. Beim „Landesthing im Eichenhain“ wie die NPD schrieb, wurden auch „Kameraden“ mit 40-jähriger Parteizugehörigkeit ausgezeichnet, unter ihnen Ulrich Plate, Josef Pietz und Adolf Preuß. Laut Satzungsänderung wird künftig die Landesvorsitzende des Ring Nationaler Frauen, Ricarda Riefling aus Coppengrave bei Hildesheim, dem niedersächsischen Landesvorstand der NPD angehören. (ar)

JN-Strukturen in Thüringen

Saalfeld-Rudolstadt – Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten verfügt jetzt im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt in Thüringen über einen „Stützpunkt“. Leiter des am 27. September gegründeten „Stützpunktes“ ist Andreas Eichler (Großvoigtsberg). Zugegen bei der Gründung des JN-„Stützpunktes“ waren neben „parteiungebundenen Kräften“ der thüringische NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt und der seit Februar 2007 amtierende thüringische JN-Landesvorsitzende Christian Kaiser. Der knastererfahrene Schwerdt ist unter anderem wegen Volksverhetzung verurteilt. Kaiser war ehemals Sprecher der „Nationalen Jugend Jena“. Der neue „Stützpunkt“ soll aus 10 Mitgliedern bestehen. (am)

Gesinnungskameraden

Dresden/Wien – Holger Apfel, NPD-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag und stellvertretender NPD-Bundesvorsitzender, hat dem FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache zu dem Erfolg bei der österreichischen Nationalratswahl gratuliert. Die FPÖ hatte bei der Wahl am 28. September 18 Prozent für sich verbuchen können. Die Zustimmung zur FPÖ sei, so Apfel, „ein Paukenschlag gegen EU-Fremdbestimmung und Islamisierung sowie für nationale Souveränität und soziale Gerechtigkeit“. Als „besonders erfreulich“ bewertete es Apfel, dass die FPÖ bei den Wähler/innen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren mit rund 25 Prozent stärkste Partei wurde. Die Wahl stehe in dieser Hinsicht, frohlockte der NPD-Bundesvize, „für einen europäischen Paradigmenwechsel, denn die kommende Generation wird sich nicht mehr politisch korrekt gängeln lassen“. (am)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de